

NEWS

WAHLFORSCHUNG UND PIRATEN

Demokratie? Methodologie!

Raymond Klein

Die Piratenpartei taucht in der jüngsten Tageblatt-TNS-Ilres-Umfrage nur in einer Randnotiz auf. Eine Methodologie, die Newcomer benachteiligt.

Es gibt viele Gründe, Meinungs-umfragen abzulehnen. Zum Beispiel glauben manche Leute einfach nicht an die Wahrscheinlichkeitstheorie, so wie andere nicht an die Evolutionstheorie glauben. Doch manchmal kommen auch wissenschaftsfreundlichen Menschen Zweifel, zum Beispiel bei der jüngsten Sondesfro-Umfrage, die von TNS-Ilres erstellt und vom Tageblatt veröffentlicht wurde.

„CSV verliert einen Sitz an Déi Lénk“, hieß es am 8. Juni zum Ergebnis im Bezirk Zentrum. Mit Befremden musste man aber feststellen, dass in den üppigen Farbdigrammen eine Partei fehlte: die Piraten! Das lag an der Methodologie, wie man aus einem mit „Und die Piraten im Zentrum?“ überschriebenen Abschnitt erfahren konnte. Ob die luxemburgischen Piraten von der deutschen Erfolgswelle profitieren konnten, lasse sich mit der klassischen Sonntagsfrage nicht ermitteln, da deren Auswertung die „Rückerinnerung“ der Befragten an die letzten Wahlen berücksichtige. Immerhin hat TNS-Ilres „punktuell“ nach der Zustimmung für die Piraten gefragt und schätzt, dass sie einen Sitz erringen könnten, und zwar auf Kosten der LSAP. Wer sich allerdings nur die Grafiken ansah oder nur den Online-Artikel, erfuhr davon nichts.

Stellen wir uns einmal vor, im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen hätten die Umfrageinstitute „aus methodologischen Gründen“ nur Kandidaten berücksichtigt, die bereits 2007 dabei waren. Ergebnis: Nicolas Sarkozy Sieger in der ersten Runde mit 74 Prozent vor François Bayrou als einzigem erfassbaren Gegenkandidaten. Zum Glück schafften es die französischen Meinungsforscher, Befragungen durchzuführen, die alle KandidatInnen einschlossen, auch solche wie Jean-Luc Mélenchon, dessen politische Bewegung 2007 noch nicht einmal existierte.

Die Luxemburger Piraten gibt es seit Herbst 2009, und seit mindestens einem halben Jahr ist bekannt, dass sie an den kommenden Wahlen teilnehmen wollen. Dass sie bis dahin

nicht in den Umfragen berücksichtigt wurden, ist verständlich, doch nun wäre es wirklich an der Zeit, sie als real existierende Partei zu behandeln. Es sei angemerkt, dass deutsche Meinungsforschungsinstitute in den vergangenen Jahren hier ein schlechtes Vorbild lieferten: Sie brauchten zwei Jahre, um die Newcomer in ihren Umfragen zu berücksichtigen. Die Piraten nahmen es mit Humor und posteten Woche um Woche „Allenbach: Sonstige auf 5-Jahres-Hoch“ und „Forsa: Sonstige wieder auf Höchststand“, wohlwissend, dass Totschweigen dank der neuen Medien unmöglich geworden ist. Ob sich die Institute damit einen Dienst erwiesen haben, ist fraglich, denn eigentlich ließen sie ja ihre Kunden die ganze Zeit über uninformiert. Aus demokratischer Sicht jedenfalls erscheint eine demoskopische Methode wie die von TNS-Ilres, die de facto neue Gruppierungen ausschließt, als völlig untauglich.

Besonders unerfreulich ist, dass es in Luxemburg nur ein einziges Institut dieser Art gibt, das sich folglich alles erlauben kann. Vielleicht erklärt das ja auch die Zurückhaltung der Piraten: Sie haben sich nie nachdrücklich über die Umfragen beklagt und die jüngste Veröffentlichung sogar begrüßt, obwohl das Piraten-Lila in den Diagrammen fehlt. Dass Newcomer im hiesigen politischen Mikrokosmos nicht willkommen sind, mussten vor ihnen die Grünen und die Linke erfahren. So wurden nach Informationen der woxx im Vorfeld der Wahlen von 2004 die Umfrageergebnisse von „Déi Lénk“ im Tageblatt so „korrigiert“, dass die Partei als chancenlos dastand. Ob es wohl ein Zufall ist, dass die methodologischen und interpretatorischen Finessen häufig den Interessen der dem Tageblatt nahestehenden LSAP dienen?

Ob man es begrüßt oder bedauert – Meinungsforschung spielt in Mediendemokratien eine wichtige Rolle. Deswegen ist es wichtig, dass die Umfrageinstitute ihre Verpflichtung zu Unabhängigkeit und Neutralität ernst nehmen und sich nicht von ihren Auftraggebern instrumentalisieren lassen. Der Verdacht, dass sie dem Einfluss von Partikularinteressen unterliegen, wäre sehr schädlich – für die Demokratie und für sie selber.

SHORT NEWS

Nuit des longs couteaux chez l'ADR

Fernand Kartheiser a, semble-t-il, tenu parole. Après avoir répété dans plusieurs médias qu'il ne tolérerait pas de membres d'extrême droite, ou même de simples sympathisants de populistes de droite dans son parti, on vient d'apprendre qu'au moins deux membres du comité national de l'Adrenalin, l'organisation de jeunesse de son parti, viennent d'être mis à la porte. Vu la jeunesse de ces deux individus, on s'abstiendra de donner leurs noms à cet endroit. Toujours est-il que ces deux désormais ex-membres de l'ADR ont beaucoup fait jaser à cause de leurs sympathies exprimées pour des partis populistes européens, dont le Pro-NRW allemand qui est en train de mettre en scène des batailles de rue dignes des années 1930 avec les salafistes. Outre des propos islamophobes, les deux ont aussi fait dans l'homophobie et l'anti-tsiganisme. Reste à espérer que ce coup de semonce fera réfléchir dans les rangs de l'Adrenalin et qu'à l'avenir, le parti restera « clean ».

Juncker spielt den Rücktrittsjoker

Er habe eine hohe Meinung von François Bausch und Claude Meisch gehabt, so Jean-Claude Juncker anlässlich der Debatte zur „Affäre Wickringen/Liwingen“ am vergangenen Mittwoch. Die Betonung lag auf „gehabt“. Spätestens seit der gemeinsamen Pressekonferenz der Gerügten in der vergangenen Woche ist es mit Liebesbekundungen seitens des Premiers vorbei. Weil dort Worte wie Korruption und Erpressung gefallen sind, schmolzt der Premier und mit ihm die (Ex-)Minister Halsdorf und Krecké. Die Forderung nach einer „commission d'enquête“, wie sie Bausch und Meisch am Mittwoch im Parlament erhoben, wollte Juncker nicht kommentieren, erklärte aber seine Entschlossenheit, als Premier zurückzutreten, sollte das Parlament zu der Auffassung gelangen, dass Minister seiner Regierung sich der Korruption oder der Erpressung schuldig gemacht haben. Im Klartext hieß das: Gibt es für den Untersuchungsausschuss eine Mehrheit, trete ich zurück. Denn eine Untersuchung zu fordern, heißt, meine Integrität in Zweifel zu ziehen. Dass dies nichts anderes als Erpressung ist, wurde spätestens bei der Intervention des CSV-Fraktionschefs Marc Spautz deutlich. Ihm fiel die Aufgabe zu, den Spieß umzudrehen und die beiden Antragsteller des Foul-Spiels zu bezichtigen: Sie hätten die Verdachtsmomente und die Beweise – sofern vorhanden – der Justiz übermitteln müssen, statt mit ihnen vor dem Parlament eine Politshow abzuziehen. Dass die Vorfälle neben dem strafrechtlichen Aspekt (die Staatsanwaltschaft hat ja inzwischen von sich aus Ermittlungen aufgenommen) auch einen politischen aufweisen, übergang Spautz geflissentlich. François Bauschs Versuch, die politische Affäre von der juristischen zu trennen, ging wohl auch deshalb schief, weil sein Nachredner Claude Meisch diese Trennung rhetorisch wieder aufhob und es so den Mehrheitspolitikern leicht machte, sich vor allem an den – schwer beweisbaren – strafrechtlichen Tatbeständen abzuarbeiten. Nur Juncker hatte verstanden, dass seine wenig kohärenten Aussagen zu seinen Begegnungen mit Rollinger und Becca und sein vorgebliches Nichtwissen um den Sparkassenkredit zu berechtigten Fragen Anlass gegeben hatten. Zwischen zwei Schmollanfällen korrigierte er ganz sachbetont frühere Aussagen und gestand ein, wahrscheinlich vergessen zu haben, dass bei einem Treffen mit Rollinger auch von einem Kredit die Rede gewesen war. Aber dass er sich mit beiden Unternehmern getroffen habe, stehe nicht in Widerspruch zu seiner früheren Behauptung, in dieser Angelegenheit nur mit Rollinger verhandelt zu haben. Das Treffen mit Becca habe wesentlich später aus einem bekannten „radtechnischen“ Anlass stattgefunden. Bei dieser bislang einzigen Begegnung mit Becca erkundigte sich Juncker dann eben auch nach dem Fortgang der Zusammenarbeit mit Rollinger. Die Frage, inwieweit einzelne Regierungsmitglieder sich eventuell etwas zu sehr um die privaten Interessen der beiden Unternehmer „gekümmert“ haben, wird mangels Untersuchungsausschuss zwar wohl nie eindeutig geklärt werden, zeitigt aber dennoch einige Konsequenzen: Halsdorf ruft nie mehr für Dritte bei einer Bank an, und Juncker empfängt Investoren nur noch, wenn sie damit einverstanden sind, dass ein Schriftprotokoll geführt und unterzeichnet wird. Folglich wird sich niemand mehr melden, und eine ganze Investorenschar wird desinteressiert an Luxemburg vorüberziehen ... auch daran ist also letztendlich die Opposition schuld.